

Gemeinsame Erklärung

Studienbegleitende Praktika und Abschlussarbeiten in Unternehmen sichern

Die Corona-Pandemie stellt sowohl die Hochschulen als auch die Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Die Hochschulen mussten den Präsenzlernbetrieb größtenteils auf digitale Lehre umstellen.

Viele Unternehmen sehen sich mit der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten konfrontiert. Ganze Branchen sind von einer wirtschaftlichen Betätigung zeitweise komplett ausgeschlossen gewesen bzw. sind es aktuell. Dort kämpfen viele Unternehmen um ihr Fortbestehen. Die Folge sind in vielen Fällen Kurzarbeit, Einstellungsstopps oder sogar Beschäftigungsabbau.

Dazu kommen die hohen Anforderungen an den Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie die Sorgen um Infektionsrisiken und daraus abgeleitet um Auswirkungen auf den Wertschöpfungsprozess im Unternehmen.

In diesen herausfordernden Zeiten ist die Durchführung von studienbegleitenden Praktika und Abschlussarbeiten in Unternehmen erkennbar unter Druck geraten und die Angebote sind deutlich zurückgegangen. Dem gilt es gemeinsam entgegenzuwirken.

Denn studienbegleitende Praktika und Abschlussarbeiten in Unternehmen bieten eine wichtige Lern- und Orientierungsfunktion für beide Seiten.

Studierende erhalten hierdurch die Möglichkeit, ihr Theoriewissen in der Berufspraxis anzuwenden. Studienbegleitende Praktika sind für Studierende wichtige Erfahrungen für eine spätere fachliche Orientierung und Berufswahl.

Unternehmen lernen über studienbegleitende Praktika und Abschlussarbeiten potentielle Mitarbeitende kennen und können aktuelles Wissen aus Lehre und Forschung an den Hochschulen in die Unternehmenspraxis übertragen.

Daher appellieren wir an alle Beteiligten, v. a. an die beiden Betriebsparteien auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die Durchführung von studienbegleitenden Praktika und Abschlussarbeiten in Unternehmen auch in herausfordernden Zeiten in ausreichender Zahl zu sichern und damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Baden-Württemberg zu leisten.

Stuttgart, März 2021